

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom

5. Februar 2020

– Drucksache 16/7698

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 5. Februar 2020 – Drucksache 16/7698 – Kenntnis zu nehmen.

04. 03. 2020

Der Berichterstatter:

Peter Hofelich

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen, Drucksache 16/7698, in seiner 33. Sitzung am 4. März 2020.

Abg. Barbara Saebel GRÜNE brachte vor, die Fraktion GRÜNE begrüße den mit 7,5 Milliarden € ausgestatteten Just Transition Fund für den Übergang in die klimaneutrale Wirtschaft bis 2050. Er solle vorwiegend Regionen helfen, die bisher noch sehr stark von fossilen Brennstoffen abhängig seien, ihre Wirtschaft zu diversifizieren, und klimaneutral zu werden. Diese Wirtschaftsförderung könne sicherlich nicht nur seitens der EU geleistet werden. Vielmehr nehme sie auch die Nationalstaaten und die Unternehmen mit. Ihres Erachtens sei das ein ganz wichtiger Ansatz, um aus der Gewinnung von Steinkohle, Braunkohle, Ölschiefer, Torf usw. auszusteigen, um einen Übergang in eine CO₂-neutrale Kreislaufwirtschaft zu schaffen, neue Technologien zu fördern und den Kontinent damit zukunftsfähig zu machen.

Abg. Emil Sänze AfD legte dar, er verstehe, dass dieser Kommissionsvorschlag begrüßt werde, doch sehe er wieder einen Abfluss der Mittel aus Baden-Württemberg an Europa. Seines Erachtens handle es sich hier um eine Umverteilung. Indirekt werde die Übergangphase der Staaten subventioniert, in denen die Braunkohle-

technologie noch sehr ausgeprägt sei. Deswegen teile er die Einschätzung der Landesregierung nicht, wonach die Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang nur geringe Auswirkungen auf das Land Baden-Württemberg habe.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/7698 Kenntnis zu nehmen.

06. 03. 2020

Hofelich